Der Landrat

Beratungsergebnis

der 8. Sitzung des Kreisausschusses
am Mittwoch, dem 08.09.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

19. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- DS-Nr.: 5511 -

Die SPD-Fraktion äußerte, der Vorlage so verstanden zu haben, dass die Tierärzte, die bei der Fleischuntersuchung eingesetzt würden, entweder als Beamte oder nach dem Tarifvertrag (EG 14) eingestellt würden. Dies begrüße sie sehr und würde sich dies auch für die anderen Beschäftigten wünschen, die noch über den TV-Fleisch eingestuft seien.

Darüber hinaus zeigte sie sich erfreut, dass die Ausbildung hier vor Ort erfolgen solle. Sie interessiere, ob es diesbezüglich bereits eine Zustimmung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) gebe, und wie sichergestellt werde, dass sowohl fachlich als auch pädagogisch der bisherige Standard erreicht werde.

Die Verwaltung informierte, dass man sich mit dem LANUV in der Abstimmung befinde und man überzeugt sei, dass dies kurzfristig genehmigt werde. Bezüglich der Inhalte orientiere sie sich an dem Kolloquium der zentralen Ausbildung. Sie sehe in dem Modell eine viel größere Flexibilität, um Fachassistenten zu gewinnen, denn die zentrale Ausbildung sei sehr starr und müsse in Vollzeit durchgeführt werden, währenddessen man diese hier auch in Teilzeit anbieten könnte. Darüber hinaus könne man auch stärker auf die besondere Situation beim Kreis mit dem Großunternehmen Tönnies eingehen. Auch aus finanzwirtschaftlicher Sicht rechne sich das Modell. Wenn es auch bei anderen Zustimmung finde, bestehe die Möglichkeit, auch Assistenten von anderen Kreisen auszubilden.

Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion antwortete die Verwaltung, dass die Personen i. d. R. verbeamtet würden; theoretisch könnten diese aber TVöD-Beschäftigte sein.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2022 sind in der Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung je eine unbefristete und eine auf zwei Jahre befristete Tierarztstelle nach der Besoldungs-/Entgeltgruppe 14 auszuweisen.

Der Landrat wird ermächtigt, im Vorgriff auf den Stellenplan 1,0 Stelle für die brexitbedingten zusätzlichen Aufgaben in den Sachgebieten Lebensmittelüberwachung und Fleischhygiene Rheda auszuschreiben und bereits zum 01.01.2022 zu besetzen.

Ergebnis: Einstimmig